

Persönliche PDF-Datei für T. Kyriss, M. Pötschke-Langer, T. Grüning

Mit den besten Grüßen vom Georg Thieme Verlag

www.thieme.de

Der Verband der Cigarettenindustrie – Verhinderung wirksamer Tabakkontrollpolitik in Deutschland

DOI 10.1055/s-2008-1078752
Gesundheitswesen 2008; 70: 315 – 324

Nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt.
Keine kommerzielle Nutzung, keine Einstellung
in Repositorien.

Verlag und Copyright:

© 2015 by
Georg Thieme Verlag KG
Rüdigerstraße 14
70469 Stuttgart
ISSN 0941-3790

Nachdruck nur
mit Genehmigung
des Verlags



Der Verband der Cigarettenindustrie – Verhinderung wirksamer Tabakkontrollpolitik in Deutschland

The German Cigarette Industry Association – Obstructing Effective Tobacco Control in Germany

Autoren

T. Kyriss¹, M. Pötschke-Langer², T. Grüning³

Institute

¹ Klinik Schillerhöhe, Zentrum für Pneumologie und Thoraxchirurgie, Gerlingen

² Deutsches Krebsforschungszentrum, Stabsstelle Krebsprävention und WHO Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle, Heidelberg

³ European Centre on Health of Societies in Transition, London School of Hygiene and Tropical Medicine, UK

Schlüsselwörter

- Tabakindustrie
- Verband der Cigarettenindustrie
- Tabakkontrolle

Key words

- Tobacco industry
- verband der Cigarettenindustrie (VdC)
- Germany
- tobacco control

Zusammenfassung

Trotz nahezu 140 000 tabakbedingter Todesfälle pro Jahr mangelt es in Deutschland an einer umfassenden Tabakkontrollpolitik. Durch systematische Analyse interner Dokumente der Tabakindustrie untersuchten wir, wie und in welchem Umfang der Verband der Cigarettenindustrie (VdC) als Interessenverband der Tabakfirmen in Deutschland an der Verhinderung wirksamer Tabakkontrollmaßnahmen beteiligt war. Anhand ausgewählter kurzer Fallstudien werden Rolle und Strategien des VdC dargestellt. Die Dokumente offenbaren einen weit reichenden Einfluss des VdC auf politische Entscheidungsträger in Bundes- und Länderministerien sowie auf deutsche Bundesregierungen. Der VdC hat die Umsetzung des EU-Werbeverbots, die EU-Tabakproduktverordnung, den Nichtraucher- und Jugendschutz sowie die Tabaksteuergesetzgebung blockiert oder verzögert. Die Entwicklung und Umsetzung einer wirksamen Tabakkontrollpolitik ist in Deutschland durch die Einflussnahme des VdC entscheidend behindert worden.

Abstract

In spite of up to 140,000 tobacco-related deaths each year, Germany still lacks comprehensive tobacco control policies. Through systematic analysis of internal tobacco industry documents we examined how and to what extent the German Cigarette Industry Association (Verband der Cigarettenindustrie, VdC), which is the tobacco industry's trade organisation in Germany, contributed to this lack of more effective tobacco control. The role and strategies of the VdC are illustrated by using selected case studies. The evaluated documents reveal a profound influence of the VdC on political decision-makers in Federal and State Ministries as well as on German governments. The VdC successfully curbed and delayed the national adoption of EU legislation on tobacco advertising and product regulation, public smoking bans, legislation to protect the youth, and rises in tobacco taxation. The VdC's influence has played a key role in obstructing the development and implementation of effective tobacco control policies in Germany.

Einleitung

Zigarettenrauchen ist in Deutschland mit 110 000–140 000 Todesfällen pro Jahr die führende Ursache frühzeitiger Sterblichkeit [1–3]. Darüber hinaus verursacht Zigarettenrauchen mit €21 Milliarden Folgekosten pro Jahr einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden [2]. Dennoch erscheint Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten in Europa bei der Tabakkontrolle rückständig [4, 5], auch wenn die kürzlich verabschiedeten Nichtraucherschutzgesetze der Bundesländer einen gewissen Fortschritt bedeuten. Deutschland ist international bekannt für seinen Widerstand gegen wirksamere Tabakkontrolle und gilt als „Paradies der Tabakindustrie“ [6].

Alle bisherigen deutschen Regierungen waren bei der Bekämpfung des Tabakkonsums äußerst zurückhaltend. Deutschland hat darüber hinaus auch auf europäischer und internationaler Ebene die Entwicklung wirksamer Tabakkontrolle behindert. So versuchte Deutschland die Rahmenkonvention für Tabakkontrolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) abzuschwächen [7] und blockiert erfolgreich die Tabakgesetzgebung der Europäischen Union (EU) seit vielen Jahren [8, 9]. Dieses Verhalten ruft international Unverständnis hervor [10].

Die Ursachen für Deutschlands Widerstand gegen wirksamere Maßnahmen zur Verringerung des Zigarettenrauchens sind bisher nicht endgültig geklärt. Als eine Ursache ist die tief grei-

Bibliografie

DOI 10.1055/s-2008-1078752
Gesundheitswesen 2008;
70: 315–324
© Georg Thieme Verlag KG
Stuttgart · New York
ISSN 0941-3790

Korrespondenzadresse

Dr. T. Kyriss
Abteilung für Thoraxchirurgie
Klinik Schillerhöhe
Zentrum für Pneumologie und
Thoraxchirurgie
Solitudestraße 18
70839 Gerlingen
kyriss@klinik-schillerhoehe.de

fende Einflussnahme der Tabakindustrie auf Wissenschaft und Wissenschaftler in Deutschland identifiziert worden [11–14]. Ferner zeigen Untersuchungen, wie die Tabakindustrie in der Vergangenheit Nichtraucherschutzgesetze verhinderte [15] und Einfluss auf politische Entscheidungsträger nahm [16]. Mitunter werden sogar die Tabakkontrollmaßnahmen der Nationalsozialisten und ihre ideologische Begründung als Erklärungsmöglichkeit für Deutschlands heutige Haltung angeführt [17–20]. In der vorliegenden Arbeit wird durch systematische Analyse interner Dokumente der Tabakindustrie untersucht, wie und in welchem Ausmaß der Verband der Cigarettenindustrie (VdC) in Deutschland Einfluss auf Tabakkontrollpolitik genommen hat und ob dies zur Erklärung für Deutschlands Rückständigkeit in diesem Bereich beitragen kann. Anhand ausgewählter kurzer Fallstudien werden Rolle und Strategien des VdC dargestellt. Der 2007 aufgelöste VdC wurde am 15. März 2008 als Deutscher Zigarettenverband neu gegründet.

Methodik

Ein Schadensersatzprozess des US-Staates Minnesota gegen mehrere transnationale Tabakkonzerne führte 1998 zu einer Vereinbarung (Minnesota Consent Judgement), die u. a. von den Tabakfirmen, wie beispielsweise Philip Morris, RJ Reynolds, und British American Tobacco, sowie von zwei Industrieorganisationen verlangte, ihre internen Dokumente in Archiven in Minnesota (USA) und Guildford (England) der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Weitere gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen US-amerikanischen Staaten und der Tabakindustrie führten anschließend zum Master Settlement Agreement. Diese Vereinbarung zwang die Tabakkonzerne (außer British American Tobacco) etwa 42 Millionen Textseiten ihrer internen Dokumente im Internet zu veröffentlichen [21–23]. Aufgrund der jahrzehntelangen Korrespondenz zwischen den Tabakkonzernen in den USA und ihren deutschen Niederlassungen sowie dem VdC gelangten auch für Deutschland relevante Dokumente in deutscher und englischer Sprache ins Internet.

Für die vorliegende Untersuchung wurden von Januar 2005 bis Januar 2007 durch systematische Suche in den Internetarchiven der Legacy Tobacco Documents Library der Universität von Kalifornien (<http://www.legacy.library.ucsf.edu/> und <http://bat.library.ucsf.edu>) sowie der Tobacco Documents Online Website (<http://tobaccodocuments.org/>) relevante Industriedokumente identifiziert. Dazu gehören u. a. vertrauliche Briefe, Sitzungsprotokolle, Strategiepapiere, persönliche Notizen sowie als „streng geheim“ bezeichnete Dokumente in englischer und deutscher Sprache. Insgesamt wurden 1202 Dokumente aus den Jahren 1956–2002 als für diese Studie relevant identifiziert. Davon stammen 746 aus den Archiven von Philip Morris, 171 von RJ Reynolds, 286 von British American Tobacco und 4 aus weiteren Industriequellen. Die erfassten Informationen wurden unter Berücksichtigung der Forschungsfrage für die verschiedenen Bereiche der Tabakkontrollpolitik analysiert. Textstellen aus 55 Dokumenten werden in dieser Arbeit als Belege herangezogen. Darüber hinaus wurden Informationen aus der wissenschaftlichen Literatur, der Presse und dem Internet verwendet. Zitate in englischer Sprache wurden von den Autoren übersetzt und mit „ÜdA“ (Übersetzung der Autoren) gekennzeichnet.

Ergebnisse

Aufgaben und Struktur des „Verbandes der Cigarettenindustrie“

Der 1948 gegründete „Verband der Cigarettenindustrie“ (VdC) war der Wirtschafts- und Interessenverband der Tabakhersteller und Vertreiber von Zigaretten in Deutschland [24,25]. Die internen Dokumente der Tabakindustrie nennen die Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger als eine Hauptaufgabe des VdC. Beispielsweise wird diese in einem vertraulichen Bericht des VdC von 1989 beschrieben: „ZWECK: Lobbyarbeit an Mitgliedern des Parlaments und Regierungsbehörden. AUFGABEN: Herstellen von ständigen Kontakten zu Mitgliedern des Parlaments in Bonn und Strassburg. Pflegen von Kontakten zu Regierungsbehörden. ... ERGEBNISSE: Viele wichtige Kontakte sind etabliert worden. ... und haben ... ein Forum für das Vortragen der politischen Ziele der Industrie geboten.“ (ÜdA) [26]. Der ursprünglich in Hamburg ansässige Verband verlagerte 1990 seinen Sitz nach Bonn, als in Brüssel ein europaweites Tabakwerbeverbot vorbereitet wurde. Derselbe Bericht nennt Gründe für den Umzug: „... um höchste Effizienz in der Beeinflussung von politischen Entscheidungen zu garantieren, um Distributions- und Werbefreiheit in Deutschland zu erhalten, um nationale Interessen gegen Vorschläge aus Brüssel zu Anti-Raucher-Fragen und zur Harmonisierung von Steuern zu verteidigen.“ (ÜdA) [26]. Der Erfolg der Lobbyarbeit des VdC in Deutschland wird in einem amerikanischen Bericht von Philip Morris aus dem Jahr 1992 deutlich: „Die Beziehung der [Tabak-]Industrie zur deutschen Regierung scheint ein ganzes Stück besser zu sein als die Beziehung zwischen der Industrie und der Regierung in diesem Land [USA]. Die Industrie in Deutschland scheint auf die Regierung größeren Einfluss zu haben als die Industrie in den USA.“ (ÜdA) [11,27]. 2001 folgte der VdC der Regierung nach Berlin. Ein Grundsatzpapier des Jahres 2001 beschreibt Aufgaben und Organisation der Verbandsarbeit in vier Arbeitskreisen [28] (Abb. 1) und legt das strategische Vorgehen im Umgang mit politischen Entscheidungsträgern fest: „Alle Firmen sollen Politikerkontakte soweit wie möglich wahrnehmen. Bei konkreten Gesetzgebungsprojekten ist es jedoch unerlässlich, dass alle Bemühungen koordiniert werden (...) Alle Kontakte mit Beamten in Ministerien auf Bund- und Länderebene sollen grundsätzlich koordiniert geführt werden. Bei entsprechendem Kontakt mit gewissem Gewicht soll grundsätzlich ein Mitglied der VdC-Geschäftsführung anwesend sein“ [28]. Darüber hinaus nennt das Dokument die Ziele des VdC: die Verhinderung wirksamer Maßnahmen der Tabakkontrolle, insbesondere die Vermeidung umfassender Tabakwerbeverbote und der Schaffung rauchfreier Arbeitsplätze und Gaststätten, der Erhalt des automatischen Vertriebsweges sowie die Vermeidung von Tabaksteuererhöhungen und Produktregulation [28].

Einflussnahmen des „Verbandes der Cigarettenindustrie“

Maßnahmen gegen ein Tabakwerbeverbot

Tabakwerbung erhöht die Gesamtnachfrage nach Tabakprodukten [29]. Aus diesem Grund gehören gesetzliche Verbote von Tabakwerbung zu den wichtigsten Maßnahmen wirksamer Tabakkontrolle. Die EU brachte 1989 erstmals einen Gesetzesvorschlag für ein umfassendes Tabakwerbeverbot ein, welcher 1998 angenommen wurde (Richtlinie 98/43/EC). Dokumenten zufolge entwickelte die Tabakindustrie auf deutscher und europäischer Ebene eine Gegenstrategie, um das Gesetzesvorhaben zu unterlaufen: Das EU-Tabakwerbeverbot sollte entweder gänz-

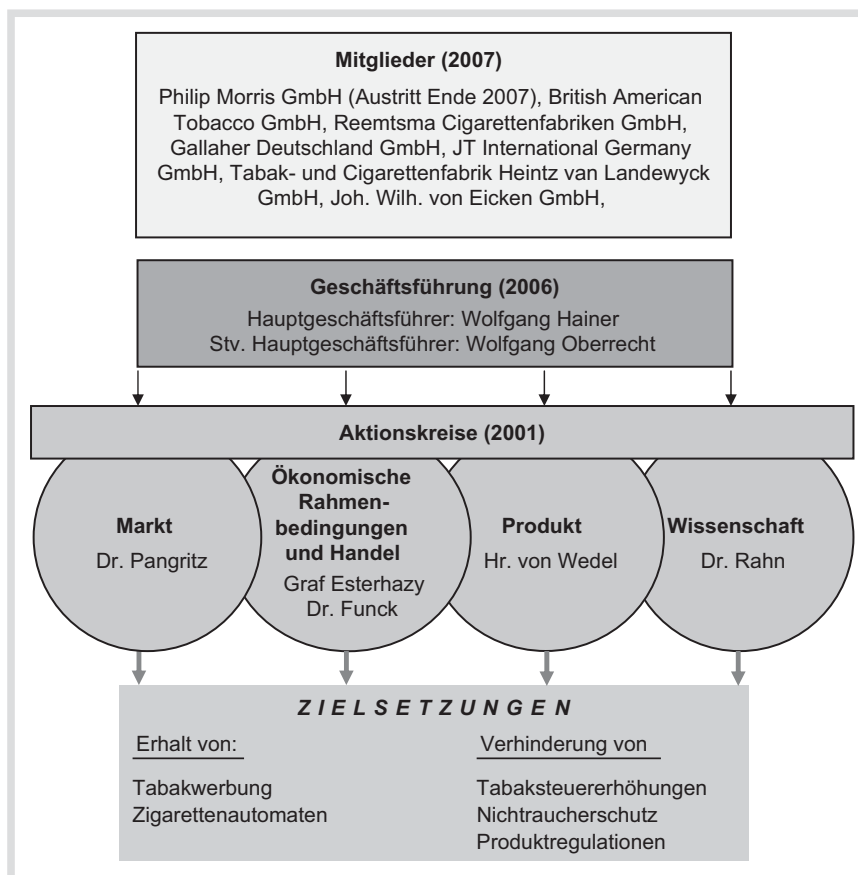


Abb. 1 Aufgaben und Organisation des Verbandes der Cigarettenindustrie (VdC), 2001 [28] bzw. 2007 [25].

lich verhindert, in eine nicht bindende Resolution umgewandelt [30] oder durch eine freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie abgewehrt werden [31]. Sollte ein EU-Tabakwerbeverbot dadurch nicht zu verhindern sein, plante der VdC, die deutsche Bundesregierung zu einer Klage gegen das Verbot vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu bewegen [32]. Darüber hinaus beauftragte 1991 der VdC laut Dokumenten den deutschen Verfassungsrechtler Karl Heinrich Friauf, die Aussichten einer Verfassungsklage in Deutschland gegen eine Übernahme des EU-Werbeverbotes in deutsches Recht zu prüfen [33].

Einfluss auf deutsche Politiker. Die internen Tabakdokumente zeigen, dass es dem VdC gelang, führende deutsche Gesundheitspolitiker von der Position der Industrie zu überzeugen, dass ein Werbeverbot mit der deutschen Verfassung nicht vereinbar sei und Werbung ohnehin den Tabakkonsum nicht erhöhe. Beispiele von Aussagen politischer Entscheidungsträger sollen dieses verdeutlichen: So äußerte 1991 der damalige gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein EU-Tabakwerbeverbot [34] und bestritt die konsumerhöhende Wirkung von Werbung; zuvor war er gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit auf Kosten von Philip Morris nach New Orleans gereist [35]. Im gleichen Jahr äußerte sich laut VdC die damalige Bundesgesundheitsministerin: „... zudem bestünden erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein Werbeverbot.“ [36]. Die Dokumente zeigen, dass auch Verbindungen zu Wissenschaftlern vom VdC beim Einfluss auf die Politik genutzt werden konnten. Als die Bundesgesundheitsministerin die Wirksamkeit von Tabakwerbung untersuchen ließ [37,38], war ein beauftragter Gutachter ein Universitätsprofessor für Medizinische Sozio-

logie [32,37], der über viele Jahre mit der Tabakindustrie eng zusammengearbeitet hatte [12]. Darüber hinaus stellte der VdC laut eigener Angaben DM 500 000 für zusätzliche Gutachten von renommierten Wissenschaftlern bereit [32]. Vier Monate später berichtet der VdC über eine Literaturstudie und deren Ergebnis: „Es ist sichergestellt, dass diese Erkenntnisse – sie kommen bei kritischer Bewertung des vorhandenen Materials zu dem Schluß, dass kein Einfluß [der Zigarettenwerbung] auf den Gesamtkonsum vorliegt – in die Überlegungen der Bundesregierung miteinfließen können“ [38]. Der Autor der Studie, ehemals Lehrstuhlinhaber für Sozial- und Persönlichkeitspsychologie der Universität Bonn, war Mitglied der Arbeitsgruppe „Rauchen und Krebsbekämpfung“ des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) [39] und hatte wiederholt Studien im Auftrag des VdC durchgeführt [40,41].

Um ein Tabakwerbeverbot zu verhindern, nahm der VdC Kontakt zu hohen politischen Entscheidungsträgern im BMG auf. Dokumenten zufolge bestanden offenbar Verbindungen zu einem damaligen Parlamentarischen Staatssekretär, der 1992 dem VdC versprach, „dass die Bundesregierung bei ihrer ablehnenden Haltung zur [EU-] Werberichtlinie bleibe“ [31]. Ihm gegenüber erklärte sich der VdC im April 1993 zu einem bis heute gültigen Selbstbeschränkungsabkommen zur Tabakwerbung in Deutschland bereit, um die Bundesregierung in ihrer Position zu bestärken [42]. Der erwähnte Politiker ist seit Ende der 1990er Jahre bis heute Mitglied im Stiftungsrat der vom VdC gegründeten „Stiftung für Verhalten und Umwelt“ (VERUM) [43,44]. Zur Wirksamkeit der freiwilligen Selbstbeschränkung der Tabakindustrie bemerkte 2001 der damalige Geschäftsführer des VdC, „... dass man sich seit Jahren eines Musterschreibens bediene, um bei Anfragen die wesentlichen Inhalte unseres Werbeabkom-

Was die Länderpositionen betreffe, so müsse realistischerweise gesehen werden, daß Dänemark kurz vor einer Aufgabe seiner Blockade-Politik stehe. Bei einem Regierungswechsel in England aufgrund der in den nächsten Monaten zu erwartenden Wahlen, sei damit die Blockadefraktion gefährdet.

Wenn man sich mit diesem Gedanken vertraut mache, so wäre eine mögliche Reaktion der Industrie in einem solchen Fall, die Bundesregierung dazu zu bewegen, den Gang zum Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gegen die Richtlinie anzutreten.

Abb. 2 Die Zigarettenindustrie plant, die Bundesrepublik Deutschland zur Klage gegen das EU-Werbeverbot bewegen. Ausschnitt aus der Niederschrift der VdC-Vorstandssitzung vom 6.2.1992 [32].

mens zu verdeutlichen. Ein wortgetreues Exemplar der Beschränkungen gebe man nur nach Zustimmung aller Vertragsbeteiligten heraus, da die Gefahr bestehe, dass jemand unsere Werbung anhand des Abkommens nachvollziehe und versuche auf Diskrepanzen zwischen Werberecht und Werbewirklichkeit hinzuweisen“ [45].

Die deutsche Klage vor dem EU-Gerichtshof. Die europaweiten Strategien der Tabakindustrie zur Verhinderung der europäischen Tabakwerberichtlinie von 1998 sind ausführlich von Neuman untersucht worden [9]; beispielhaft sollen einige von ihm [9] sowie von uns identifizierte Dokumente aufgeführt werden, welche die Rolle Deutschlands in diesem Prozess beleuchten. Der Plan des europäischen Dachverbandes der Zigarettenhersteller war es zunächst, mithilfe der deutschen Bundesregierung eine stabile Sperrminorität des EG-Ministerrates gegen die EU-Richtlinie aufzubauen: „Nutze jeden möglichen deutschen Einfluss, eine Schwächung der Sperrminorität zu verhindern. Arbeite mit Kanzler Kohl zusammen,...“ (ÜdA) [9,46]. Sollte dieses Vorhaben scheitern [47], war die „Wiederbelebung des Notfallplans für eine Klage gegen das EU-Werbeverbot auf nationaler Ebene und im Europäischen Gerichtshof“ geplant [9,46]. Die deutsche Regierung wurde in dieser Hinsicht besonders geschätzt: „Nur auf Deutschland kann man sich verlassen.“ (ÜdA) [48]. So plante der VdC, „... die Bundesregierung dazu zu bewegen, den Gang zum Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gegen die Richtlinie anzutreten“ [32] (Abb. 2). Als einziger europäischer Staat klagte Deutschland zusammen mit vier Tabakkonzernen vor dem EuGH gegen das Tabakwerbverbot, das im Oktober 2000 wieder aufgehoben wurde [9]. Gegen die neue, wesentlich abgeschwächte (u. a. kein Verbot der Plakat- und Kinowerbung) Tabakrichtlinie (2003/33/EC) reichte die Bundesregierung am 9. September 2003 erneut Klage ein, die aber durch den Europäischen Gerichtshof im Dezember 2006 endgültig abgewiesen wurde.

Verhinderung des Nichtrauchererschutzes

Gesundheitsschäden durch Passivrauchen sind wissenschaftlich belegt [49–51] und begründen die Notwendigkeit eines umfassenden Nichtraucherschutzes. Einige Erfolge der Tabakindustrie bei der Verhinderung des Nichtraucherschutzes in Deutschland sind kürzlich beschrieben worden [15]. Ebenso ist das Scheitern des jüngsten Versuches, ein umfassendes Bundesgesetz zum Nichtraucherschutz zu verabschieden, durch die Einflussnahme des VdC erklärt worden [52]. Dokumente zeigen, dass die Tabakindustrie bereits früh erkannte, dass Passivrauchen „eine für

die Zukunft der [Tabak-] Industrie entscheidende Frage“ (ÜdA) ist [53]. Ein Dokument von 1989 beschreibt Taktiken und Erfolge der deutschen Zigarettenindustrie bei der Verhinderung des Nichtraucherschutzes [16,54] (Abb. 3): „Die Zigarettenindustrie hat ... Gegenstrategien entwickelt ... um in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik überzeugend gegen gesetzliche Maßnahmen zum Schutz von Nichtrauchern argumentieren zu können. ... Die Industrie reagiert auf die Herausforderung durch ETS [Environmental tobacco smoke, entspr. Passivrauchen] mit einer Doppelstrategie ... ein umfassendes wissenschaftliches Programm ... [und] ein Public-Relations-Programm ... Zahlreiche Gespräche zwischen Vertretern der Industrie und Politikern aller Parteien zum Thema ETS haben in den vergangenen Jahren stattgefunden. Die Serie von beteiligten Politikern umfasst Mitglieder des Bundestages und der Länderparlamente, Bundesminister sowie Minister der Länder einschließlich Gesundheitsminister. Die Industrie organisierte parlamentarische Abende, führte Verhandlungen mit den meisten wichtigen Bundestagskomitees und mit hochrangigen Beamten. Eine bestimmte Gruppe von Industrievertretern und Beamten des Gesundheitsministeriums treffen sich regelmäßig zu einem Ideenaustausch. Alle diese politischen Kontakte werden gepflegt und kontinuierlich verbessert. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die deutsche [Tabak-] Industrie einen großen Anteil an Public-Relations-Ressourcen und politischer Lobbyarbeit verwendet, um ihre Position zu etablieren.“ (ÜdA).

Das Rauchverbot der Lufthansa. Als die Lufthansa 1989 ein Rauchverbot auf innerdeutschen Flügen plante, bat sie zunächst das Bundesverkehrsministerium um Unterstützung: „[a]ber die Regierung weigerte sich nach einigem Lobbying durch die Industrie [VdC] dieses zu tun und argumentierte, dass dieses eine reine Managemententscheidung sei“ (ÜdA), wie der VdC berichtete [55]. Zur probeweisen Einführung rauchfreier Flüge bei Lufthansa im Jahre 1990 erhielt der VdC vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Dokumenten zufolge die Zusage: „Käme es im LH Aufsichtsrat zu einer Abstimmung, wären die Vertreter des Ministeriums angewiesen, gegen ein Rauchverbot zu stimmen“ [56]. Als die Lufthansa für Herbst 1990 ein generelles Rauchverbot ankündigte, plante der VdC laut eines Sitzungsprotokolls „... in einer konzertierten Aktion zwei Anzeigenmotive zu veröffentlichen und zugleich Raucherzwischenfälle an Bord der entsprechenden Maschinen zu provozieren“ [57]. Darüber hinaus beauftragte der VdC eine Umfrage zur Serviceleistung der Lufthansa beim Institut für angewandte Sozialwissen-

ETS - Challenge for the Industry

The cigarette industry has realized the danger caused by the topic ETS quite some time ago, and thus developed counter-strategies enabling the industry to react on a short-term basis on the one hand, and bring it long-term relief on the other. From the very beginning, the goal of all actions was to keep the topic of ETS open in a scientific respect in order to be able to argue convincingly in the general public and in the political environment against legal measures that protect non-smokers.

Due to the counteractions of the industry, tobacco opponents (non-smoker initiatives, parliamentarians, government representatives, scientists) have not been successful thus far in scientifically proving any harmful effects caused by ETS. As a consequence, the general public does not consider the ETS to be a very critical one, and the political authorities are not under pressure to take legal measures for the Federal Republic as a whole.

In conclusion it can be said that the situation concerning the topic of smoking in the Federal Republic of Germany is still characterized by a largely liberal climate.

Abb. 3 Die Zigarettenindustrie plant Maßnahmen gegen den Schutz vor Passivrauchen. Ausschnitt aus einem Dokument der Zigarettenindustrie von 1989 [54].

schaft (infas) [58]. Sie ergab, dass nur 32% der Fluggäste ein Rauchverbot befürworten [59]. Diese Ergebnisse, die eigenen Umfrageergebnisse der Lufthansa widersprachen, wurden auf der Titelseite der BILD-Zeitung unter der Überschrift „*Raucher Lüge der Lufthansa*“ veröffentlicht [55]. Zahlreiche, weitere Artikel gegen das Rauchverbot der Lufthansa erschienen in BILD [55]. Dazu erklärte der VdC: „*Wegen guter Beziehungen zum Herausgeber sorgten wir dafür, dass die BILD-Zeitung unsere Kampagne gegen die ‚Kranich-Linie‘ [Lufthansa] begleitete.*“ (ÜdA) [55]. Der damalige Geschäftsführer von Philip Morris Deutschland und Mitglied des VdC Vorstandes, war zugleich im Aufsichtsrat des Springer Verlags, Berlin [60]. Dokumenten zufolge trat der VdC zusätzlich an den damaligen Bundeswirtschaftsminister heran, der daraufhin öffentlich erklärte, dass er ein Rauchverbot auf Inlandsflügen für falsch halte [55, 59]. Kurz darauf setzte die Lufthansa ihr angekündigtes Rauchverbot aus [55]. Erst mit dem Winterflugplan 1995 konnte ein generelles Rauchverbot auf innerdeutschen Flügen eingeführt werden.

Einfluss auf die Gastronomie. Philip Morris entwickelte 1993 eine europaweite Strategie gegen geplante Nichtraucherschutzgesetze der EU mit dem Ziel: „*Verzögern oder Verhindern von EG Gesetzgebung zur Einschränkung des Rauchens am Arbeitsplatz, in Restaurants oder öffentlichen Verkehrsmitteln*“ (ÜdA) [61]. Gleichzeitig sollte eine weltweite Kampagne namens „The Courtesy of Choice“, bei der Restaurants dem Gast die Wahlmöglichkeit zwischen Raucher- und Nichtraucherbereichen boten, eine adäquate und moderne Lösung der Probleme des Passivrauchens suggerieren und Rauchverbote in Hotels und Gaststätten verhindern [62]. Philip Morris verbündete sich zu diesem Zweck mit internationalen Hotel- und Gaststättenverbänden [62, 63]. Der Name Philip Morris sollte jedoch in den mit Hotel- und Gaststättenverbänden durchgeführten Aktionen nicht in Erscheinung treten [63, 64]. Die inzwischen widerlegte Argumentation der Kampagne, dass Rauchverbote zu Umsatzeinbußen führten, wurde von Hotel- und Gaststättenverbänden übernommen [65] und auch in Deutschland verbreitet [63], wo sie sehr erfolgreich war: Im Jahr 2005 vereinbarte der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) mit dem Bundesministerium für Gesundheit

eine freiwillige Selbstverpflichtung anstelle einer gesetzlichen Regelung für rauchfreie Gaststätten [66]. „*Damit sind wir einem drohenden gesetzlichen Rauchverbot mit erheblichen Umsatzausfällen für unsere Branche vorgekommen*“, erklärte der Präsident des DEHOGA [67]. Stolz verkündete der DEHOGA: „*Zehn Gesetzesinitiativen haben wir in den neunziger Jahren erfolgreich abgewehrt*“ [68]. Allerdings erklärte das BMG kürzlich das Scheitern der Vereinbarung mit DEHOGA, nachdem eine Studie die mangelhafte Umsetzung der freiwilligen Selbstverpflichtung nachwies. Nach Scheitern der Initiative eines Bundesgesetzes zum Nichtraucherschutz im Jahre 2006 und der anschließenden Verabschiedung entsprechender Gesetze in den Bundesländern mit zum Teil erheblichen Ausnahmen unterstützt der DEHOGA Klagen von Gaststättenbesitzern gegen die Landesgesetze.

Erhalt der Zigarettenautomaten

In vielen Ländern der EU sind Zigarettenautomaten nicht zugelassen. Deutschland indessen hat die höchste Dichte an Zigarettenautomaten weltweit [29]. Der Zigarettenverkauf über Automaten stellt mit rund 30% des Absatzes einen bedeutenden Vertriebsweg dar [29]. Tabakdokumenten zufolge sah der VdC Zigarettenautomaten als „*unverzichtbaren Vertriebskanal*“ [28]. 1999 erkannte der VdC die „*Gefährdung des automatischen Vertriebswegs durch gesundheitspolitische Bestrebungen aus Europa und aus Bonn*“ und dass „*die Bemühungen dahin gehen, einen jugendsicheren Automaten mit Hilfe einer Chip-Karte zuschaffen*“ [69]. Laut Sitzungsprotokollen beschloss der VdC, eine Übergangsfrist von 6 bis 8 Jahren bis zur Einführung der Chipkartenlösung politisch durchzusetzen [69], und sicherte sich schließlich die Zustimmung des Bundesministeriums für Gesundheit zu dieser Übergangsfrist in Gesprächen mit der Parlamentarischen Staatssekretärin [70]. Diese stimmte trotz erheblicher allgemeiner Skepsis gegenüber der Tabakindustrie der Übergangsfrist für Automaten zu; offenbar hatte Philip Morris ihr einen Aufdruck auf Zigarettenpackungen „*Rauchen, bitte nur Erwachsene*“ sowie den Hinweis auf Automaten, „*dass Rauchen ein Genussmittel für Erwachsene sei*“ versprochen [70]. Zusätzlich bot die Tabakindustrie DM 4 Millionen jährlich für eine fünf Jahre dauernde Ju-

gendpräventionskampagne des Ministeriums an; für den Inhalt der Kampagne forderte die Tabakindustrie allerdings ein Veto-recht [70]. Tatsächlich wurde 2002 zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und dem VdC ein Vertrag zur Finanzierung einer fünfjährigen Jugendschutzkampagne in Höhe von 11,8 Millionen geschlossen [71]. Dazu bemerkte ein Tabakindustrievertreter: „Wenn ich versuche, ein besseres Ansehen zu kaufen und da ist jemand [z.B. das BMG], der mir dieses verkauft, was ist dran falsch? ... Wenn wir die Möglichkeit haben, dass wir 80% der Angriffe auf unsere Industrie loswerden und uns das ein paar Millionen unseres Umsatzes vom Zigarettenverkauf kostet, ist das ein Schnäppchen. Wir beanspruchen gar nicht, ethisch oder heilig zu sein (...)“ [72]. Der Vertrag zwischen BMG und VdC zur Jugendschutzkampagne hat schwere internationale Kritik hervorgerufen [73, 74].

Verhinderung von Tabaksteuererhöhungen

Tabaksteuererhöhungen tragen wirksam zur Reduzierung des Rauchens bei; insbesondere Kinder und Jugendliche sowie einkommensschwächere Bevölkerungsschichten sind preissensibel und reagieren auf spürbare Anstiege der Tabaksteuer mit Konsumverzicht [29, 75–77]. Die internen Dokumente zeigen das Vorgehen des VdC bei geplanten Tabaksteuererhöhungen. Am Beispiel verschiedener Tabaksteuererhöhungen zwischen 1989 und 2002 wird deutlich, wie der VdC versuchte, Einfluss auf politische Entscheidungsträger zu nehmen, und gleichzeitig Pressekampagnen durchführte. Der VdC berichtete 1987, dass wegen befürchteter Tabaksteuererhöhungen „... Vorstand und Geschäftsführung [des VdC] insgesamt mit über 80 politischen Meinungsträgern Gespräche geführt [haben], angefangen von Bundeskanzler Kohl über Minister Stoltenberg bis zu den einzelnen Abgeordneten des Haushalts- und Finanzausschusses. Dazu gehörten Generalsekretäre der Parteien, Vorsitzende Obmänner der Bundestagsfraktionen sowie auch Ausschussvorsitzende, selbstverständlich auch die Leitungsebenen des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums. Ganz wichtig in diesem Zusammenhang auch das kontinuierliche Gespräch mit dem Tabaksteuerreferat des Finanzministeriums“ [78]. Zusätzlich gab Günter Wille vom VdC in zahlreichen deutschen Tageszeitungen und Wochenmagazinen Interviews [79]; dabei warf er der Bundesregierung „proto-faschistische Methoden“ vor und sagte: „Das Schlimmste was dieser Branche passieren kann ist eine nicht marktgerechte Fiskalpolitik“ - und gab damit ungewollt einen klaren Hinweis auf die tabakkontrollpolitische Bedeutung von Tabaksteuererhöhungen [79, 80]. Wie Wille berichtete, erreichte der VdC, „gemeinsam mit den Experten des Finanzministeriums einen tragfähigen Kompromiss zu finden und zum Konsens zu gelangen“ [80]. 1989 beschrieb der VdC den Erfolg seines Steuerarbeitskreises: „Gute existierende Kontakte zu wichtigen politischen Entscheidungsträgern haben es möglich gemacht, den Standpunkt der Industrie zu präsentieren. Abwendung inakzeptabler Steuererhöhungen.“ (ÜdA) [26]. Zu weiteren möglichen Tabaksteuererhöhungen stellte der VdC 1991 fest: „Nach derzeitigen Informationen wird ... das Bundesfinanzministerium von der bisher praktizierten ‚Politik der kleinen Schritte‘ nicht abweichen.“ [81].

2002 berichtete die Presse über einen weiteren erfolgreichen Versuch des VdC, Steuererhöhungen abzuwenden [45]: Der damalige Hauptgeschäftsführer des VdC, Ernst Brückner, habe einen „*offenfrischen Tipp*“ aus dem Finanzministerium erhalten. Daraufhin habe die Firma Reemtsma kurz vor der damaligen Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus angedroht, ihr Berliner

Zigarettenwerk zu schließen. Dies habe zur Halbierung der für 2002 geplanten Steuererhöhung geführt [45].

Behinderung der WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle.

Tabaksteuererhöhungen zur Reduktion des Tabakkonsums sind auch ein Instrument der WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle. Interne Dokumente berichten über das Vorgehen des VdC, um die Aufnahme verschiedener Tabakkontrollmaßnahmen insbesondere von Tabaksteuererhöhungen in die WHO-Rahmenkonvention zu verhindern: Noch vor den Beratungen zur Rahmenkonvention im März 1999 gab sich ein Mitglied des VdC als Journalist aus und trat an den Repräsentanten des Bundesministeriums für Gesundheit im WHO-Exekutivausschuss heran, um die Einstellung des Ministeriums zur geplanten Resolution auszuforschen [82]. Das Ministerium befürwortete die WHO-Resolution und informierte durch ein Schreiben, von dem die Tabakindustrie Kenntnis erhielt, weitere Bundesministerien über die gesundheitspolitische Bedeutung der WHO-Initiative [83]. In einem internen Papier formulierte der VdC: „Wir vermuten, dass das BMG [Bundesministerium für Gesundheit] ... die anderen Ressorts [Bundesministerien] beschwichtigen und von einer stärkeren Abwehrposition abhalten will. ... Wir werden alles unternehmen, damit der Widerstand in den betroffenen Ressorts größer wird und noch vor Ende Oktober eine Ressortabstimmung stattfindet, in der die grundsätzliche Position der Bundesregierung festgelegt wird“ [84]. Der VdC wandte sich an verschiedene Ministerien [84], auch an das Bundesministerium für Finanzen: „Forderungen der WHO sind dabei u.a. jährliche Tabaksteuererhöhungen um mehr als die Inflationsrate und vor allem die Zweckbindung eines Teils der Tabaksteuer für Institutionen, die den Kampf gegen das Rauchen zu ihrer Sache gemacht haben. Nach unserer Auffassung sind solche Vorgaben nicht geeignet, ein gesichertes Aufkommen der Tabaksteuer zu garantieren und sie verstoßen gegen die deutsche Finanzverfassung. Bei dieser Sachlage würden wir es begrüßen, wenn die Spitze Ihres Hauses eine Ressortabstimmung vor der ersten Sitzung der WHO-Arbeitsgruppe im Oktober herbeiführen könnte“ [85]. Vor der entscheidenden Sitzung der WHO in Genf informierte der VdC Vertreter transnationaler Tabakkonzerne über das Ergebnis der Ressortabstimmung: „Die Vertreter des Gesundheitsministeriums glaubten, dass alle [Ministerien] ihre [positive] Position [zur WHO-Konvention] teilen würden...und waren ziemlich verblüfft, dass alle anderen Ministerien ihre Wünsche ablehnten. ... Gegen den Willen des Gesundheitsministeriums wurde vereinbart, dass Deutschland nur Initiativen in den Bereichen Gesundheitserziehung und Etikettierung und Inhaltsstoffe unterstützen sollte. Deutschland sollte nicht irgendwelchen Vorschlägen zustimmen, die sich mit all den anderen Fragen beschäftigen, einschließlich Testmethoden, Schmuggeln, Preise, Zollfreiheit, Werbung etc.“ (ÜdA) [86].

Verhinderung von Produktregulation

Die Offenlegung aller Inhaltsstoffe von Zigaretten und ein Verbot aller Zusatzstoffe, die das Gesundheitsrisiko und Suchtpotenzial von Tabakwaren weiter erhöhen, sind grundlegende Forderungen zum Schutz der Verbraucher. Ammoniak und andere bei der Zigarettenherstellung beigemischte Substanzen bewirken, dass zusätzlich zum frei vorliegenden auch das in chemischen Komplexen gebundene Nikotin vom Körper aufgenommen werden kann; dies erhöht maßgeblich die suchterzeugende Wirkung von Zigaretten. Die tatsächliche Nikotinwirkung wird aber von den üblichen Messstandards (FTC/ISO Messmethode) nicht erfasst und fließt somit auch nicht in die Angabe des Nikotingehaltes auf Zigarettenpackungen mit ein. Inzwischen ist be-

Produktrichtlinie; Klage von Rheinland-Pfalz im Auftrag der Bundesregierung

Herr Hechler, BDT, teilte gestern telefonisch mit:

Bei einer Geburtstagsfeier und im Anschluss daran hat MP ●●●● deutlich erklärt, dass er nach einem Gespräch mit BK Schröder die Initiative ergreifen werde, um eine Klage voranzutreiben.

Abb. 4 Die Bundesrepublik Deutschland soll zur Klage gegen die EU – Tabakproduktrichtlinie bewegt werden. Ausschnitt aus einer als vertraulich deklarierten internen Mitteilung des VdC vom 23.11.2000 [98].

legt, dass dieses als „Ammoniak-Technik“ bezeichnete Verfahren, seit den 70er Jahren weltweit von allen führenden Zigarettenherstellern angewandt wird [87].

Suchterzeugende Zusatzstoffe. Dokumenten zufolge wies der VdC 1994 im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage an die Bundesregierung den Verdacht der bewussten Manipulation des Nikotingehalts für in Deutschland hergestellte Zigaretten zurück [88–90]. 1999 zeigten jedoch neue Untersuchungen, dass die Tabakindustrie Ammoniak einsetzt, um die Aufnahme von Nikotin beim Rauchen zu steigern und dadurch das Suchtpotential von Nikotin zu erhöhen [91]. Der VdC sah sich veranlasst, eine Arbeitsgruppe „Additive“ einzurichten [92]. Anfang 2000 überreichte der VdC im Bundesministerium für Gesundheit den Bericht der Arbeitsgruppe, eine als wissenschaftliche Stellungnahme deklarierte Schrift [92]. Sie bestritt, dass dem Tabak beige-mischte Substanzen dazu dienen, den Nikotingehalt und das Suchtpotential von Zigaretten zu erhöhen und die FTC/ISO-Messmethode zu beeinflussen [93]. Untersuchungen interner Industriedokumente lassen jedoch an diesen Aussagen erheblich zweifeln [87].

Die Tabakprodukt-Verordnung. 1999 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Tabakproduktrichtlinie vor, der u. a. eine Verpflichtung zur Deklaration aller Zusatzstoffe vorsah [94]. Dokumente berichten, dass der VdC einen Universitätsprofessor für Europarecht beauftragte [95], ein Gutachten zur europa- und verfassungsrechtlichen Bewertung der Tabakproduktrichtlinie zu erstellen, welches den zuständigen Ministerien übergeben wurde [96, 97]. Das Gutachten stellte die Verfassungsmäßigkeit der Richtlinie in Frage [96]. Ein vertrauliches Papier des VdC berichtet über eine „Ressortbesprechung im kleinen Kreis“ „beim BMG [Bundesministerium für Gesundheit]“ im August 2000, über die der VdC offenbar Informationen erhielt [97]. Hiernach wollte das BMG seinen Widerstand gegen die Tabakproduktrichtlinie der EU aufgeben; dieses bereitete dem VdC Sorge, da er für den Fall der Annahme der Richtlinie durch die EU plante, die Bundesregierung zu einer Klage gegen die Richtlinie vor dem EuGH zu bewegen [97]. Ein vertraulicher Vermerk des VdC von November 2000 beschreibt, wie die Tabakindustrie durch persönliche Kontakte zu einem hohen politischen Entscheidungsträger über eine geplante Klage von Rheinland-Pfalz im Auftrag der Bundesregierung gegen die Produktrichtlinie informiert wurde: „Bei einer Geburtstagsfeier und im Anschluss daran hat MP [Ministerpräsident] ... deutlich erklärt dass er nach einem Gespräch mit BK [Bundeskanzler] Schröder die Initiative ergreifen werde, um eine Klage voranzutreiben. Gegenüber dem BDT [Bundesverband deutscher Tabakpflanzer e. V.] hat der MP schriftlich versichert, er habe sich unter Hinweis auf das Gespräch

mit BK Schröder, Minister Dr. Eichel und NGG-Chef Möllenberg beim Chef des Bundeskanzleramtes offiziell erkundigt, welche Einstellung die Bundesregierung für den Fall einer Annahme der Richtlinie habe und wie weiter verfahren werde. Über die vorsichtige Formulierung des Schreibens hinaus ist der MP am Telefon deutlicher geworden und hat sich ausdrücklich zu weiteren Maßnahmen bereit erklärt“ [98] (● Abb. 4). Als 2001 die europäische Tabakprodukt-Verordnung (2001/37/EG) verabschiedet wurde [99], wurde die Klage der Bundesregierung gegen die Richtlinie, wie vom VdC geplant, zwar eingereicht, jedoch aus formalen Gründen vom EuGH abgelehnt [29].

Ende 2002 wurde die Richtlinie der EU in deutsches Recht umgesetzt. Obwohl der Vorschlag zur EU-Tabakprodukt-Verordnung von den Herstellern die Bereitstellung toxikologischer Daten, zur gesundheitlichen Unbedenklichkeit aller tabakfremden Inhaltsstoffe verlangte [94] entkam die Tabakindustrie dennoch einer vollständigen Deklarationspflicht. Die endgültige Version der Verordnung fordert nämlich nur die Bereitstellung derjenigen toxikologischen Daten, „die dem Hersteller oder Einführer ... vorliegen“ [100] – und weicht damit in einem entscheidenden Punkt vom ursprünglichen Entwurf der EU Kommission ab [94]. Der VdC hatte offenbar erfolgreich interveniert: eingesehenen Dokumenten zufolge führte die deutsche Tabakwirtschaft im Jahr 2000 mehrere Gespräche im Bundesministerium für Gesundheit und warnte in einem Schreiben an die Bundesregierung und verschiedene Bundesministerien vor wirtschaftlichen Schäden durch die Verordnung, vor allem für die „mittelständische Rauchtobakindustrie“ [101]. Vertreter der Tabakindustrie erhielten außerdem mehrmals Gelegenheit, Formulierungen der Tabakproduktverordnung ausführlich mit dem Bundesministerium für Gesundheit zu diskutieren [102]. Schließlich meldete der VdC: „Bei den ... vorzulegenden toxikologischen Daten ist nunmehr jeder Nachweis einer gesundheitlichen Unbedenklichkeit entfallen (!)“ [102].

Diskussion

Die Analyse interner Tabakindustriedokumente bietet einen außergewöhnlichen Einblick in Strategien und Aktivitäten dieser Industrie. Allerdings ist die Methodik nicht ohne Schwächen: Nicht immer ist verifizierbar, inwieweit gefundene Einzelinformationen korrekt sind. Beispielsweise sind Übertreibungen einzelner Industriemitarbeiter denkbar. Durch Offenlegung derselben oder ähnlicher Information in unterschiedlichen Dokumenten kann dieses Problem jedoch häufig gelöst werden. Andererseits ist es möglich, dass durch die eingeschränkten Such-

funktionen der Internetarchive relevante Dokumente nicht identifiziert wurden und daher weitere relevante Informationen existieren, die nicht in die Analyse mit einbezogen werden konnten.

Die vorliegende Auswertung interner Dokumente der Tabakindustrie zeigt Rolle und Strategien des Verbandes der Cigarettenindustrie (VdC) zur Verhinderung einer wirksamen Politik zur Reduzierung des Rauchens in Deutschland. Der VdC hat durch intensive Einflussnahme auf deutsche Bundesregierungen und ihre Ministerien sowie weitere politische Entscheidungsträger versucht, ein umfassendes Tabakwerbeverbot, den Nichtraucherschutz, die Abschaffung der Zigarettensautomaten, Tabaksteuererhöhungen sowie wirksame Produktregulationen zu verhindern. In vielen Fällen konnte der Erfolg der Strategien des VdC nachgewiesen werden.

Ausgewertete Dokumente zeigen, dass der VdC Gutachten in Auftrag gab, um Politik und Öffentlichkeit über die Wirksamkeit der Zigarettewerbung zu täuschen und die Bundesregierung zu einer Klage gegen das europäische Tabakwerbeverbot zu bewegen. Die hier identifizierten Strategien des VdC zur Verhinderung des europäischen Werbeverbotes bestätigen Untersuchungen von Neuman, welche die Rolle der Bundesregierung und der deutschen Tabakindustrie in diesem Fall aufzeigen [9]. Darüber hinaus betrieb der VdC intensive Lobbyarbeit, um einen wirksamen Nichtraucherschutz zu verhindern. Andere Arbeiten bestätigen, dass der VdC medizinische, psychologische und sozialwissenschaftliche Forschung finanzierte und instrumentalisierte, um politische Entscheidungsträger zu täuschen und die Gefahren des Rauchens und Passivrauchens zu verschleiern [11, 12, 15, 16]. Unsere Studie gibt Hinweise auf den Einfluss der Tabakindustrie auf Restaurant- und Hotelverbände in Deutschland; das Vorgehen war dabei in eine globale Strategie der Zigarettenshersteller eingebettet [103]. Dearlove [103] konnte zeigen, dass die Tabakindustrie weltweit Hotel- und Restaurantverbände für eine Kampagne gegen Nichtraucherschutzgesetze benutzte. Angebliche Umsatzeinbußen durch Rauchverbote waren dabei das wichtigste Argument. Die Behauptung drohender Umsatzeinbußen ist indessen mehrfach widerlegt worden [103]. Die Tabakindustriedokumente zeigen, wie der VdC ein Verbot von Zigarettensautomaten verhinderte. Ab 2007 werden Automaten mit einem alterskodierten Chipkartensystem versehen, deren Wirksamkeit von Experten bezweifelt wird [104]. Vielmehr stellen die Automaten durch die einhergehende Modernisierung wirkungsvolle Werbeträger dar [104] und könnten zu einer Erleichterung des Zigarettensverkaufs führen [72]. Im Sinne der Tabakprävention wirksame, d.h. spürbare Tabaksteuererhöhungen mit der Folge der Konsumreduktion, konnte die Tabakindustrie in der Vergangenheit mehrmals offenbar durch ihre intensiven Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern verhindern. Die Tabakindustrie ist sich der Bedeutung des Verkaufspreises auf den Tabakkonsum seit vielen Jahren bewusst, und kämpft nicht nur in Deutschland für „marktschonende“ Tabaksteuererhöhungen [105]. Dokumenten zufolge bestritt der VdC gegenüber dem Deutschen Bundestag und dem Bundesministerium für Gesundheit, dass die suchterzeugende Wirkung von Zigarettens z.B. durch Ammoniakverbindungen von Zigarettensherstellern absichtlich gesteigert wird. Dabei sind zahlreiche Produktmanipulationen durch die Tabakindustrie belegt [87]. Schließlich belegen interne Dokumente, dass auf das Gesetzesverfahren zur EU-Tabakprodukt-Verordnung durch den VdC Einfluss genommen wurde. Politikwissenschaftliche Analysen führen ein komplexes Zusammenspiel verschiedenster Faktoren

als Erklärung für Deutschlands Haltung in der Tabakkontrolle an [106]. Die vorliegende Studie zeigt darüber hinaus, dass der VdC einen tief greifenden Einfluss auf politische Entscheidungsträger und auf Tabakkontrollpolitik in Deutschland ausgeübt hat und dass dies zur Erklärung für Deutschlands Rückständigkeit in diesem Bereich beitragen kann.

Im Jahre 2007 verließ Philip Morris den VdC, da der Konzern zum Ausbau seiner Marktführerschaft andere politische Strategien verfolgt als die übrigen Tabakfirmen. In Folge erklärte der VdC am 29. Juni 2007 seine Auflösung; bereits am 15. März 2008 wurde seine Neugründung ohne Beteiligung von Philip Morris unter dem Namen „Deutscher Zigarettensverband“ verkündet. Mehrere Entscheidungsträger des neuen Verbandes waren mit dem VdC über Jahrzehnte eng verbunden [107]. Während in vielen Ländern die Tabakindustrie heute keine Glaubwürdigkeit mehr besitzt, scheint sie in Deutschland unverändert seriöser Gesprächspartner für viele politische Entscheidungsträger zu sein. Die Verwendung verfälschter Informationen gehört indes noch heute zu den Strategien der Tabakindustrie: Noch immer wird vor einer Bedrohung der Wirtschaft durch rückläufigen Tabakkonsum gewarnt, obwohl Studien belegen [108, 109], dass die Reduktion des Tabakkonsums für die Mehrzahl der Länder sogar wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen kann. Es ist wichtig, dass politische Entscheidungsträger die von der Tabakindustrie zur Verfügung gestellten Informationen grundsätzlich hinterfragen.

Literatur

- 1 Peto R, Lopez A, Boreham J, Thun M. Mortality from smoking in developed countries 1950–2000 (2nd edition: updated June 2006) <http://www.ctsu.ox.ac.uk/~tobacco/> (Zugang 21.7.2006)
- 2 Neubauer S, Welte R, Beiche A, Koenig H-H, Buesch K, Leidl R. Mortality, morbidity and costs attributable to smoking in Germany: update and a 10-year comparison. *Tob Control* 2006; 15: 464–471
- 3 John U, Hanke M. Tabakrauch-attributable Mortalität in den deutschen Bundesländern. *Gesundheitswesen* 2001; 63: 363–369
- 4 Joossens, Raw M. Progress in tobacco control in 30 European countries, 2005 to 2007. Bericht präsentiert auf der 4th European Conference on Tobacco or Health 2007. Basel, Schweiz, 11.–13. Oktober 2007
- 5 Thyrian JR, John U. Measuring activities in tobacco control across the EU. The MATOC. Substance Abuse Treatment, Prevention, and Policy 2006; 1: 9, doi:10.1186/1747-597X-1-9, <http://www.substanceabusepolicy.com/content/1/1/9> (Zugang: 23.06.2006)
- 6 Pötschke-Langer M, Schunk S. Germany: tobacco industry paradise. *Tob Control* 2001; 10: 300–303
- 7 Watson R. United States and Germany are keen to see tobacco agreement watered down. *Brit Med J* 2003; 326: 1055
- 8 Gilmore A, MacKee M. Tobacco control policy: the European dimension. *Clin Med* 2002; 2: 335–342
- 9 Neuman M, Bitton A, Glantz S. Tobacco industry strategies for influencing European Community tobacco advertising legislation. *Lancet* 2002; 359: 1323–1330
- 10 The Lancet Editor. Germany's fatal stance on tobacco advertising. *Lancet* 2006; 367: 1292
- 11 Hirschhorn N. Shameful science: four decades of the German tobacco industry's hidden research on smoking and health. *Tob Control* 2000; 9: 242–247
- 12 Grüning T, Gilmore A, MacKee M. Tobacco industry influence on science and scientists in Germany. *Am J Public Health* 2006; 96: 20–32
- 13 Grüning T. Wenn Ärzte mit der Tabakindustrie. *Arzneiverordnung in der Praxis* 2006; 33: 59–60
- 14 Grüning T, Schönfeld N. Tabakindustrie und Ärzte: „Vom Teufel bezahlt“. *Deutsches Ärzteblatt* 2007; 104: A770–A774
- 15 Bornhäuser A, MacCarthy J, Glantz S. German tobacco industry's successful efforts to maintain scientific and political respectability to prevent regulation of secondhand smoke. *Tob Control* 2006; 15: 1–15, doi:10.1136/tc.2005.012336
- 16 Grüning T. The Influence of the Tobacco Industry on German Health Policy and its Implications for Public Health Policy-makers. Report to the WHO Collaborating Centre for Tobacco Control at the German

- Cancer Research Centre, Heidelberg. London: Health Policy Report No. L0163, London School of Hygiene & Tropical Medicine 2003
- 17 Davey Smith G, Ströbele S, Egger M. Smoking and health promotion in Nazi Germany. *J Epidemiol Community Health* 1994; 48: 220–223
 - 18 Proctor RN. The Nazi war on cancer. Princeton: Princeton University Press 1999
 - 19 Simpson D. How did it get like this? *Tob Control* 2002; 11: 291–293
 - 20 Cooper AH, Kurzer P. Rauch ohne Feuer. Why Germany lags in tobacco control. *German Politics and Society* 2003; 21 (3): 24–47
 - 21 Bero L. Implications of the tobacco industry documents for public health and policy. *Ann Rev Public Health* 2003; 24: 267–288
 - 22 MacKenzie R, Collin J, Lee K. The tobacco industry documents: an introductory handbook and resource guide for researchers. London: London School of Hygiene & Tropical Medicine. <http://www.lshhtm.ac.uk/cgch/tobacco/Handbook%2008.07.03.pdf> (Zugang: 2.1.2006)
 - 23 Balbach E, Gasior R, Barbeau E. Tobacco industry documents: comparing the Minnesota Depository and internet access. *Tob Control* 2002; 11: 68–72
 - 24 Philip Morris (undatiert) Satzung des Verbandes der Cigarettenindustrie (VdC) e.V. vom 29.7.1954 mit Änderungen bis 1983. Bates-Nr. 1000115062/5071. <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/gjr97e00>
 - 25 Homepage des Verbandes der Cigarettenindustrie. <http://www.VdC-berlin.de> (Zugang: 27.5.2007)
 - 26 Philip Morris. VDC Structure and progress report Bates-Nr. 2024965645/5710. 1989; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/yxz71f00>
 - 27 Philip Morris. Philip Morris Research Wall CR. Bates-Nr. 2022850392/0402. 1992; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/oam88d00>
 - 28 Philip Morris. Grundsatzpapier zur funktionalen Aufgabe und organisatorischen Gestaltung der Verbandsarbeit Bates-Nr. 2505940563/0568. 2001; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/cmm43a00>
 - 29 Deutsches Krebsforschungszentrum. Gesundheit fördern – Tabakkonsum verringern: Handlungsempfehlungen für eine wirksame Tabakkontrollpolitik in Deutschland. Heidelberg: DKFZ 2002
 - 30 Philip Morris. PM EEC Corporate Affairs Agenda for 91 Philip Morris. Bates-Nr. 2500014889/4922. 1990; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/lai42e00>
 - 31 Philip Morris Niederschrift VdC-Vorstandssitzung 28.4. 92. Bates-Nr. 2028529555/9564. 1992; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/pir56e00>
 - 32 Philip Morris Niederschrift VdC-Vorstandssitzung 6.4. 92. Bates-Nr. 2028529588/9602. 1992; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/dgy14e00>
 - 33 Philip Morris. On the Chances of a Constitutional Complaint Against a German Bill Passed in Implementation of EEC Directives Friauf, H. Bates-Nr. 2023245961/5979. 1991; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/tvb58e00>
 - 34 Philip Morris. Presseerklärung von MdB Dr. Paul Hoffacker Hoffacker, P. Bates-Nr. 2028529707. 1991; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/jhr56e00>
 - 35 Philip Morris Breidbach, F. Bates-Nr. 2000600501/0502. 1986; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/bfh35e00>
 - 36 Philip Morris. Pressekonferenz aus Anlass der 64. Konferenz für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder vom 24.11.94–25.11.94 in Wiesbaden Pauling, R. Bates-Nr. 2028529676/9679. 1991; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/fgy14e00>
 - 37 Philip Morris. Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 28 Oktober 1991. Brückner, E. Bates-Nr. 2028529646/9660. 1991; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/vhr56e00>
 - 38 Philip Morris. Niederschrift über die außerordentliche Vorstandssitzung vom 22 Juni 1992. Brückner, E. Bates-Nr. 2028384343/4352. 1992; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/twj56e00>
 - 39 Homepage von Prof. Dr. Reinhold Bergler <http://www.psychologie.uni-bonn.de/zentrum/history/bergler.htm> (Zugang: 15.7.2006)
 - 40 Tobacco Institute. Bergler R: Advertising and cigarette smoking – a psychological study Bates-Nr. TIMN0338762/8767. 1981; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/kvh52f00>
 - 41 RJ Reynolds. Schreiben von Bergler an Brückner (VdC) Bates-Nr. 504846556/6567. 1981; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/udj55d00>
 - 42 Bundesministerium für Gesundheit. Pressemitteilung Nr. 41, 1993: Zigarettenwerbung um Schulen wird abgebaut; Einschränkung der Zigarettenwerbung in der Bundesrepublik Deutschland. http://www.tabakkontrolle.de/index.php?secondid=37315&firstid=37159&cf_session=68ceee5640db1e0510b343facabc1d10
 - 43 Philip Morris. Forschungszweck der Stiftung „VERUM“ Brückner, E. Bates-Nr. 2028527644/7645. 1992; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/dwq56e00>
 - 44 Homepage VERUM Stiftung für Verhalten und Umwelt <http://www.verum-foundation.de> (Zugang: 15.7.2006)
 - 45 Wedemeyer G. Kämpfer für den Qualm STERN 45/2002. <http://www.stern.de/index.html?id=332461&nv=cb> (Zugang: 11.7.2006)
 - 46 Philip Morris. (undatiert) Marketing Freedoms Bates-Nr. 2501021740/1746. <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/wet19e00>
 - 47 British American Tobacco. CECCM – Minutes in Extenso of Board Meeting 1.4.1992 Bates-Nr. 400519629/9643. 1992; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/rhp02a99>
 - 48 British American Tobacco. EEC Draft Directive on Tobacco Advertising Lepere JM. Bates-Nr. 321924032/4060. 1993; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/uuz63a99>
 - 49 Deutsche Forschungsgemeinschaft. Passivrauchen am Arbeitsplatz. Ethanol – Änderung und Einstufung krebserzeugender der Arbeitsstoffe. Weinheim, New York, Wiley-VCH 1999
 - 50 US Department of Health and Human Services. The Health Consequences of Involuntary Exposure to Tobacco Smoke: A Report of the Surgeon General. Atlanta, GA: US 2006; <http://www.surgeongeneral.gov/library> (Zugang: 15.7.2006)
 - 51 Deutsches Krebsforschungszentrum. Passivrauchen – ein unterschätztes Gesundheitsrisiko. Rote Reihe Tabakprävention und Tabakkontrolle. Band 5. Heidelberg: DKFZ 2005
 - 52 Grüning T, Gilmore A. Germany: tobacco industry still dictates policy. *Tob Control* 2007; 16: 2
 - 53 Philip Morris. An Action Plan for ETS in Europe and Adjacent Areas Bates-Nr. 2501046476/6488. 1988; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/sev32e00>
 - 54 RJ Reynolds. ETS – Challenge for the industry Bates-Nr. 506816535/6543. 1989; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/uys54d00>
 - 55 Philip Morris Pauling, R. Bates-Nr. 2025495490/5497. 1994; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/mvd34e00>
 - 56 British American Tobacco. Lufthansa-Bericht vom Gespräch im BMV Bates-Nr. 300544391/4392. 1990; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/kwi00a99>
 - 57 Philip Morris. Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 11.10.90 Brückner, E. Bates-Nr. 2028529776/9789. 1990; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/kgyl4e00>
 - 58 British American Tobacco. Haussmann kritisiert Raucherverbot bei der Lufthansa Bates-Nr. 300544385/4388. 1990; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/iwi00a99>
 - 59 British American Tobacco. Das Dilemma der Lufthansa Bates-Nr. 300544376/4382. 1989; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/gwi00a99>
 - 60 Philip Morris. Tobacco Lobby against Lufthansa Bates-Nr. 2025365732/5733. 1990; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/osz83e00>
 - 61 Philip Morris. EC-ETS/Smoking restrictions Bates-Nr. 2025497477/7490. 1993; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/jmd34e00>
 - 62 Philip Morris. IHA – Courtesy of choice - update Bates-Nr. 2048295139/5144. 1994; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/cwe57d00>
 - 63 Philip Morris. Meeting with HOTREC Bates-Nr. 2046538058/8059. 1993; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/vzc03e00>
 - 64 Philip Morris. Report from HOTREC General Assembly Bates-Nr. 2046537888/7890. 1995; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/nmn57d00>
 - 65 Philip Morris. Accomodation of Smokers and Non-Smokers: an idea whose time has come Bates-Nr. 2047722321/2327. 1996; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/fts67d00>
 - 66 Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung. Nichtrauchererschutz in Hotellerie und Gastronomie. Vereinbarung zwischen dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA Bundesverband) und dem Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung (BMGS). Berlin: 1. März 2005
 - 67 Homepage des Deutschen Hotel und Gaststättenverbandes (DEHOGA) http://www.dehoga-berlin.de/home/page_sta_1305.html (Zugang: 17.7.2006)
 - 68 Jazbinsek D, Berth F. Die diskrete Lobby der Raucher. Süddeutsche Zeitung vom 10 Juni 2006; <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/808/77731/> (Zugang: 17.7.2006)
 - 69 British American Tobacco. Zu Top A Fiskalitat/allgemeine Verbandsfragen Bates-Nr. 321694574/4580. 2000; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/wtj34a99>
 - 70 British American Tobacco 2000 Niederschrift der Sitzung des VdC-Vorstandes am 24 Mai 2000. Bates-Nr. 325130167/0174. <http://bat.library.ucsf.edu/tid/svi61a99>
 - 71 Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung. Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Gesundheit, und dem Verband der Cigarettenindustrie. Berlin: 20 März 2002
 - 72 Pötschke-Langer M. Die deutsche Tabakindustrie: Vom hungrigen Wolf zum zahnlösen Schaf? *Sucht* 2004; 50: 139–143
 - 73 Gilmore A, Nolte E, MacKee M, Collin J. Continuing influence of tobacco industry in Germany. *Lancet* 2002; 360: 1255
 - 74 Simpson D. Germany still sleeping with the enemy. *Tob Control* 2003; 12: 343–344

- 75 Plamper E, Deichert G, Lauterbach K. Auswirkungen der Tabaksteuererhöhungen in Deutschland auf den Tabakkonsum und Konsequenzen für die Gesundheitspolitik. Bundesgesundheitsbl Gesundheitsforsch Gesundheitsschutz 2006; 49: 660–664
- 76 Deutsches Krebsforschungszentrum. Tabaksteuererhöhungen – Fakten und Argumente. Heidelberg: DKFZ 2006
- 77 Hahnwinkler R, Isensee B. Five in a row – reactions of smokers to tobacco tax increases: population-based cross-sectional studies in Germany 2001–2006. Tob Control 2007; 16: 34–37
- 78 Philip Morris. Niederschrift über die Jahreshauptversammlung des VdC am 25.06.87 in Hamburg König, H. Bates-Nr. 2001232963/2974 1987; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/zvw34e00>
- 79 Philip Morris. Newspaper/Magazine list Bates-Nr. 2022972349/2350. 1989; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ctm68e00>
- 80 Philip Morris. Günter Wille: Wir garantieren Bonn jährlich 17 Milliarden Tabaksteuer. Die Welt Bates-Nr. 2022972381. 1988; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/gsm68e00>
- 81 Philip Morris. Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 16.09.92 Brückner, R. Bates-Nr. 2028529481/9494. 1992; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/xir56e00>
- 82 British American Tobacco. Anti-Tabakaktivitäten der WHO Pauling, R. Bates-Nr. 321534694/4699. 1999; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/exl44a99>
- 83 British American Tobacco. Debrus M, Bundesministerium für Gesundheit: Weltweite WHO-Tabakfrei Initiative Bates-Nr. 321675493/5496. 1999; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/ctf63a99>
- 84 British American Tobacco. WHO-Initiative Pauling, R. Bates-Nr. 321532823. 1999; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/qil44a99>
- 85 British American Tobacco. Weltweite WHO Anti-Tabak-Initiative Brückner, E. Bates Nr. 321532766. 1999; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/jil44a99>
- 86 British American Tobacco. WHO Pauling, R. Bates-Nr. 321675491/5492. 1999; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/ucm55a99>
- 87 Deutsches Krebsforschungszentrum. Die Tabakindustriedokumente I: Chemische Veränderungen an Zigaretten und Tabakabhängigkeit. Heidelberg: DKFZ 2005
- 88 British American Tobacco. Anfrage des Abgeordneten Hüppe zur mündlichen Befragung in der Fragestunde vom 09.09.1994 König, H. Bates-Nr. Guildford 202214343/4344. 1994
- 89 British American Tobacco. Nikotinanreicherung bei der Zigarettenproduktion: Bundestagsanfrage König, H. Bates-Nr. Guildford 202214348. 1994
- 90 British American Tobacco. Hüppe, H: Anfrage an die Bundesregierung – Manipulation des Nikotingehalts Bates-Nr. Guildford 202214342. 1994
- 91 Bates C, Jarvis M, Connolly G. Tobacco additives – cigarette engineering and nicotine addiction. Action on Smoking and Health London 1999; <http://www.ash.org.uk/html/regulation/html/additives.html> (Zugang: 18.7.2006)
- 92 Philip Morris. Wissenschaftliche Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Additive“ des VdC Bates-Nr. 2078377941/7960. 1999; <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/sqs72c00>
- 93 British American Tobacco. An die Damen und Herren Mitglieder des Vorstandes Oberrecht, W. Bates-Nr. 325130228/30230. 2000; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/zod24a99>
- 94 British American Tobacco. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates Bates-Nr. 325155185/5197. 1999; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/dex70a99>
- 95 British American Tobacco. Produkttrichtlinie „Tabak“ Brückner, E. Bates-Nr. 325129241. 2000; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/wsi61a99>
- 96 British American Tobacco Bates-Nr. 325129242/9262. 2000; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/xsi61a99>
- 97 British American Tobacco. Produkttrichtlinie Tabak 2. Lesung im EP und weitere Schritte Bates-Nr. 325127724/7726. 2000; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/qyw70a99>
- 98 British American Tobacco. Produkttrichtlinie Klage von Rheinland-Pfalz im Auftrag der Bundesregierung Heim, A. Bates-Nr. 325128933. 2000; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/pvv70a99>
- 99 Richtlinie 2001/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2001 über die Herstellung und den Vertrieb von Zigaretten, L194/26–34. Juni 2001; http://www.tabakkontrolle.de/pdf/EU_Richtlinie_zu_Herstellung_Aufmachung_und_Verkauf.pdf (Zugang: 19.7.2006)
- 100 Tabakprodukt-Verordnung vom 20. November 2002 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2002 Teil I Nr. 82: 4434–4437, ausgegeben zu Bonn am 5.12.2002
- 101 British American Tobacco. Die Deutsche Tabakwirtschaft. Marx, Brückner, Ostermeyer, Bates-Nr. 325129672/9690. 2000; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/law70a99>
- 102 British American Tobacco. An die Mitglieder der Ad-hoc Arbeitsgruppe Produkttrichtlinie Oberrecht, W. Bates-Nr. 325126832/6835. 2000; <http://bat.library.ucsf.edu/tid/toi61a99>
- 103 Dearlove J, Bialous S, Glantz S. Tobacco industry manipulation of the hospitality industry to maintain smoking in public places. Tob Control 2002; 11: 94–104
- 104 Deutsches Ärzteblatt. Gesundheitsexperten: Alterskontrolle an Zigarettenautomaten unzureichend Online Nachrichten, 11. Mai 2006; <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?p=Gesundheitsexperten+Zigarettenautomaten&src=suche&id=24165> (Zugang: 11.05.2006)
- 105 Chaloupka F, Cummings K, Morley C, Horan J. Tax, price and cigarette smoking: evidence from the tobacco documents and implications for tobacco company marketing strategies. Tob Control 2002; 11: 62–72
- 106 Grüning T, Strünck C, Gilmore AB. Puffing away? Explaining the politics of tobacco control in Germany. German Politics 2008, im Druck
- 107 Löwisch G. Tabakindustrie formiert sich neu: Frischer Lobbyclub ohne Marktführer. Berlin, taz 15.08.2008
- 108 Warner KE. The economics of tobacco: myths and realities. Tob Control 2000; 9: 78–89
- 109 World Bank. Curbing the epidemic – Governments and the economics of tobacco control. Washington D.C.: The World Bank 1999